



Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im

Die politische Lage in Deutschland

Mainzer Erklärung der CDU

Deutschland als modernen Industriestandort sichern

In diesem Jahr sind die Bürger zu insgesamt sieben Landtagswahlen und drei Kommunalwahlen aufgerufen. Dabei geht es jeweils um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Deutschland ist unter der unionsgeführten Bundesregierung im Jahr 2010 stark aus der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise hervorgegangen. Mit einem Wirtschaftswachstum von 3,6 Prozent und einem Rückgang der Arbeitslosigkeit auf unter drei Millionen stehen wir im europäischen Vergleich an der Spitze. Im Jahr 2011 wollen wir diese Position sichern und die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass sich die außerordentlich gute Entwicklung des vergangenen Jahres auch in Zukunft fortsetzt. Dabei ist für uns maßgeblich, dass unser Land seinen wirtschaftlichen Aufschwung vor allem der internationalen Wettbewerbsfähigkeit seiner Industrie verdankt.

Zum Jahresauftakt hat deshalb der Bundesvorstand der CDU im Rahmen seiner Klausurtagung mit der „Mainzer Erklärung“ ein Konzept für die Zukunft des Industriestandorts Deutschland beschlossen, zu dem wir uns im Gegensatz zu den Grünen klar bekennen. Mit einer Politik, die auf exzellente Bildung und Forschung setzt; mit einer Politik, die für solide Staatsfinanzen und eine moderne Infrastruktur steht sowie einer Politik, die eine klimafreundliche Energie- und zuverlässige Rohstoffversorgung sichert, wollen wir Deutschland als modernen Industriestandort erhalten und ausbauen. Über Jahrzehnte hat sich in unserem Land eine vielfältige Industrielandschaft entwickelt, die die Grundlage für Beschäftigung und für unseren Wohlstand ist. Dabei gibt es mit dem Automobilbau, dem Maschinenbau und der Chemieindustrie starke Leitbranchen, die zu den besten der Welt gehören und global agieren. Diese Branchen wollen wir stärken und nicht – wie es die Grünen auf einer Klausurtagung ihrer Bundestagsfraktion im vergangenen Jahr beschlossen haben – schrumpfen.

Bei den anstehenden Landtagswahlen geht es darum, erfolgreiche Standortpolitik fortzusetzen: Wie zum Beispiel in Baden-Württemberg, wo sich eines der weltweit führenden Cluster für Automobil- und Maschinenbau entwickelt hat. Die CDU-geführte Landesregierung hat diese Entwicklung durch eine gezielte Wirtschafts- und Standortpolitik, den Aufbau moderner Bildungsangebote und einer modernen Infrastruktur eng begleitet und gefördert. In Sachsen-Anhalt hat die kluge länderübergreifende Standortpolitik der CDU-geführten Landesregierungen das Dreieck Halle, Anhalt-Bitterfeld, Leipzig zu einem Wachstumspol und Arbeitsplatzmagneten gemacht, das heute zu den führenden Standorten für die Chemie- und Solarindustrie zählt. In Hamburg wurden dank der richtigen Weichenstellungen der CDU der Hafen und die damit verbundenen Logistiksysteme kontinuierlich weiterentwickelt. Als einer der führenden europäischen Überseehäfen ist der Hamburger Hafen eine der zentralen Drehscheiben des internationalen Güterverkehrs und ein Wachstums- und Arbeitsplatzmotor Deutschlands. In Mecklenburg-

Vorpommern hat vor allem die Politik der CDU dafür gesorgt, dass maritime Wirtschaft, Tourismus und der Energiesektor Arbeitsplätze schaffen und das Land bei den erneuerbaren Energien zu den Spitzenreitern in Deutschland gehört. In den Bundesländern, die wie Rheinland-Pfalz, Berlin und Bremen von der SPD unter Wert regiert werden, wollen wir als Union Regierungsverantwortung übernehmen, um auch dort mit einer klugen Standortpolitik den Aufschwung zu verstetigen. Zusammenhalt und Wohlergehen in ganz Deutschland weiter zu festigen und unser Land als modernen Industriestandort zu stärken.

Das wird nicht einfach werden. Schließlich müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die Zustimmung der Menschen zu unseren Vorstellungen von Industriepolitik, von Fortschritt und wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit schwindet. Dies liegt sicherlich an der nachhaltigen Verunsicherung weiter Teile der Gesellschaft durch die aktuelle Lage der Weltwirtschaft und der Finanzmärkte. Diese hat bei vielen Menschen Ängste vor Arbeitsplatzverlust und vor sozialem Abstieg wachgerufen. Zum Teil liegt dies aber sicherlich auch an den falschen Propheten des rot-rot-grünen Lagers, die mit sozialromantischen Verheißungen einer vorindustriellen Wohlfühlgesellschaft eine bessere Welt im Diesseits vorzugaukeln versuchen. Das Karl Marx und die linksrevolutionären Helden in den Köpfen dieser Politiker weiterleben hat ja unlängst Gesine Lötzsch eindrucksvoll nachgewiesen. Wir stehen fassungslos vor so viel Sehnsucht nach Stasi, Mauer und Stacheldraht. Allerdings hat diese – gewollte oder unfreiwillige – Offenheit der Linken auch einen Vorteil: Wir wissen jetzt was uns blüht, wenn die Genossen wieder an die Macht kämen!

Wir dagegen sind davon überzeugt, dass nur offene Gesellschaften, in denen die Einhaltung der Menschenrechte, demokratische Entscheidungsprozesse und die Beteiligung der Bürger selbstverständlich sind, die besten Voraussetzungen haben, um im weltweiten Wettbewerb eine Spitzenstellung einzunehmen. Dabei sind Innovationsfreude, Rechtssicherheit, sozialer Frieden und nachhaltiges Wirtschaften entscheidende Wettbewerbs- und Standortvorteile offener Gesellschaften. Wir müssen daher die Menschen noch besser und umfassender einbinden, Ihnen noch mehr erklären, warum die jeweiligen Maßnahmen zur Industriestandortsicherung notwendig sind. Das gilt für den Bau industrieller Anlagen ebenso wie für den Ausbau der Energie- und Verkehrsinfrastruktur. Wir müssen deutlich machen, dass der Weg zurück zu vorindustriellem Wirtschaften – wie es die Grünen und die Linken wollen – nicht der Weg der Zukunft sein kann. Unser Wohlstand begründet auf unserer erfolgreichen Industriepolitik, auf Forschung und Innovation des 21. Jahrhunderts. Wir dürfen nicht zulassen, dass rückwärtsgewandte Phantasten unsere Bürger mit gefährlichen Utopien verunsichern. Deshalb müssen und werden wir die Menschen wieder stärker von unseren Vorstellungen von wirtschaftspolitischer Notwendigkeit überzeugen. Die Mainzer Erklärung ist hierfür eine gute Grundlage.

Die Woche im Parlament

Am Mittwoch hat Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner eine Regierungserklärung zum **Dioxin-Skandal** abgegeben. Durch kriminelles Handeln wurden Hunderttausende Landwirte, Verarbeiter und Futtermittelhändler zu Geschädigten – davon einige tausend Betriebe allein in Niedersachsen. Die Ministerin erklärte, dass die Futtermittelkontrollen der Länder verbessert werden sollen. Der Bund soll zukünftig an der Qualitätsüberprüfung der Kontrollen mitwirken. Dazu hat sie einen Aktionsplan vorgelegt, mit dessen Umsetzung das im Zuge der Dioxin-Krise verlor gegangene Vertrauen der Verbraucher und der internationalen Handelspartner in die hohe Qualität der deutschen Lebensmittel zurückzugewinnen soll. Das ist vorsorgender Verbraucherschutz, wie er sein sollte.

Am Donnerstag folgte eine Regierungserklärung von Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle zum **Jahreswirtschaftsbericht 2011**. Darüber hinaus hat der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, eine Regierungserklärung zum **zivilen Wiederaufbau in Afghanistan** abgegeben. Die Bemühungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit sind von zentraler Bedeutung für den Erfolg der Staatengemeinschaft bei der Stabilisierung und Befriedung Afghanistans.

Außerdem debattierten wir in dieser Woche den Antrag der Bundesregierung auf **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) unter Führung der NATO**. Vorgesehen ist eine weitere Mandatsverlängerung bis zum 31. Januar 2012. Die Bundesregierung hat mit dem Fortschrittsbericht Afghanistan eine umfassende Darstellung und Bewertung des deutschen Engagements vorgelegt. Dieser Bericht unterstreicht die Notwendigkeit weiteren Engagements im Rahmen der bereits bei der letzten Mandatsverlängerung im Februar 2010 beschlossenen Neuausrichtung des Einsatzes („Übergabe in Verantwortung“).

Der in dieser Woche vorgestellte **12. Sportbericht** der Bundesregierung dokumentiert die beachtlichen Erfolge der Sportpolitik und des organisierten Sports im Zeitraum von 2006 bis 2009. Mit unserem Antrag **Den Sport in seiner Gesamtheit fördern: Chancen einer vernetzten Sportpolitik** bekräftigen wir die Aufgabe, den Sport in seiner Gesamtheit zu fördern und die Chancen einer gut vernetzten Sportpolitik und den daraus entstehenden Mehrwert für die Gesellschaft zu nutzen.

Zur Debatte stand in dieser Woche auch das **Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für das Jahr 2011**, das die Europäische Kommission am 27. Oktober 2010 beschlossen hat. Es enthält folgende 5 Prioritäten für das Jahr 2011: Die Festigung der sozialen Marktwirtschaft in Europa über die Finanzkrise hinaus, die Wachstumsbelebung zur Schaffung von Arbeitsplätzen, die Fortsetzung der bürgernahen Agenda Freiheit, Sicherheit und Recht, die Verstärkung der Präsenz auf der internationalen Bühne sowie Überlegungen zur besseren Nutzung und Anwendung der EU-Politik.

In 2. und 3. Lesung stand das **Gesetz zur Anpassung des deutschen Rechts an die Verordnung (EG) Nr. 380/2008 vom 18. April 2008 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1030/2002 zur einheitlichen Gestaltung des Aufenthaltstitels für Drittstaatenangehörige** zur Verabschiedung an. Ziel der Harmonisierung ist es, die Sicherheit der Dokumente in den 27 Mitgliedstaaten zu erhöhen und die Verifizierung der Aufenthaltstitel zu vereinfachen. Mit einer neuen „Aufenthaltskarte“ wird es zukünftig in Deutschland ein eigenständiges Dokument mit einem elektronischen Speicher- und Verarbeitungsmedium (Chip) geben, auf dem einige Daten des Titelinhabers, aufenthaltsrechtliche Nebenbestimmungen sowie Lichtbild und zwei Fingerabdrücke gespeichert werden.

In 1. Lesung haben wir das **Gesetz zur Bekämpfung der Zwangsheirat und zum besseren Schutz der Opfer von**

Zwangsheirat sowie zur Änderung weiterer aufenthalts- und asylrechtlicher Vorschriften beraten. Das Gesetz dient der Umsetzung mehrerer aufenthaltsrechtlicher und integrationspolitischer Vorhaben des Koalitionsvertrages. Schwerpunkt bilden die verbesserten Regelungen zur Bekämpfung der Zwangsheirat und zum Schutz der Opfer durch Schaffung eines eigenen Straftatbestandes. Zur Verbesserung der Stellung minderjähriger ausländischer Opfer wird die Schaffung eines eigenständigen erleichterten Wiederkehrrechts geschaffen. Der Bekämpfung von Scheinehen dient die Verlängerung der Mindestbestandszeit einer Ehe, die für den Fall des Scheiterns der Ehe ein eigenständiges Aufenthaltsrecht begründet. Die Regelungen zur räumlichen Beschränkung von Asylbewerbern und Geduldeten werden gelockert, um ihnen die Aufnahme einer Beschäftigung, Ausbildung oder Schul- und Studienbesuch zu erleichtern. Weitere Regelungen dienen der verbesserten Integration von Zugewanderten etwa durch Maßnahmen zur Überprüfung der Teilnahme an Integrationskursen.

Daten und Fakten

Zahl der Erwerbstätigen erreichte im Jahr 2010 neuen Höchststand: Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes waren im Durchschnitt des Jahres 2010 rund 40,37 Mio. Personen erwerbstätig, ein Zuwachs von 197.000 gegenüber dem Vorjahr. Damit erreichte die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2010 in Deutschland einen neuen Höchststand. Nach ebenfalls vorläufigen Berechnungen sank die Zahl der Arbeitslosen im gleichen Zeitraum jahresdurchschnittlich um -297.000 auf 2,93 Mio.. Die Zahl der Erwerbslosen sank damit von 7,4 Prozent in 2009 auf 6,8 Prozent in 2010.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Aufschwung wird sich im Jahr 2011 fortsetzen. Das Institut der deutschen Wirtschaft erwartet auch für 2011 eine Fortsetzung des „Konjunkturfeuerwerks“ mit einem gesamtwirtschaftlichen Wachstum von 2,25 Prozent nach 3,5 Prozent im zurückliegenden Jahr. Diese Einschätzung spiegelt sich auch in der positiven Stimmung wieder: Von 46 befragten Wirtschaftsverbänden geben 41 an, dass die Stimmung in ihren Mitgliedsunternehmen besser sei als vor einem Jahr. Immerhin 32 Verbände rechnen für 2011 mit etwas höheren Umsätzen ihrer Mitgliedsunternehmen als im zurückliegenden Jahr. Fast die Hälfte der Wirtschaftsverbände erwartet, dass ihre Unternehmen in 2011 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)

Kommunen tragen größten Teil der Kulturausgaben. Bund, Länder und Gemeinden schätzen ihre Ausgaben für Kultur im zurückliegenden Jahr auf 9,6 Mrd. Euro, +4,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Den größten Anteil stellten die Kommunen mit 3,8 Mrd. Euro (44,4 Prozent). Über ein Drittel der gesamten Ausgaben entfiel auf die Bereiche Theater und Musik, weitere 18,6 Prozent auf die Finanzierung von Museen und Bibliotheken.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)



**Landesgruppe
Niedersachsen**
CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Vorsitzender:

Michael Grosse-Brömer MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 – 227 79498

Fax: 030 – 227 70139

Email: stefan.krueppel@cducsu.de

Internet: www.lg-nds.de